Seenotretter fordern politische Lösung für Bootsflüchtlinge

3. Juli 2019



Berlin (KNA) Die Seenotretter von Sea-Watch fordern eine schnelle politische Lösung für die im Mittelmeer von Schiffen aufgelesenen Flüchtlinge. Eine europäische Lösung wäre schön, aber an erster Stelle müsse stehen, dass auf dem zentralen Mittelmeer die Menschenrechte konsequent eingehalten würden, sagte der Sprecher der zivilen Rettungsorganisation, Ruben Neugebauer, am Dienstag in Berlin. Notfalls solle Deutschland vorangehen.

Am Wochenende hatte die Kapitänin des Rettungsschiffs „Sea-Watch 3“, Carola Rackete, ohne Erlaubnis Italiens mit 40 Migranten an Bord auf der Insel Lampedusa angelegt. Seitdem steht sie unter Hausarrest. Vorgeworfen wird ihr unter anderem Beihilfe zur illegalen Einwanderung. Die geretteten Menschen seien nach wie vor auf Lampedusa, das Schiff beschlagnahmt, hieß es.

Sea-Watch verteidigte den Schritt der Kapitänin als Gebrauch des Nothafenrechts. An Bord des Schiffes hätten kritische Umstände geherrscht. Die Katastrophe auf dem Mittelmeer

setze sich unvermindert fort, kritisierte Neugebauer. Immer wieder gebe es Situationen, wo keine Rettungskräfte in der Nähe seien. Zudem würden Handelsschiffe mitunter aktiv von Notfällen wegfahren. Man sei sehr enttäuscht von der Bundesregierung, sagte der Sprecher. Die Situation geschlossener Häfen bestehe bereits seit etwa einem Jahr. Seitdem hätten Deutschland und die EU Zeit gehabt, eine Lösung für die Verteilung der Bootsflüchtlinge zu finden. Die Bundesregierung könnte alle Menschen aus der zivilen Seenotrettung aufnehmen, da es aktuell nur um ein paar hundert gehe. Es sei beschämend, wenn eines der reichsten Länder dies nicht schaffe und ermögliche.

Zugleich zeigte sich Neugebauer kämpferisch: Sollte die „Sea-Watch 3“ beschlagnahmt bleiben, werde man mit einem neuen Schiff starten. Zuletzt seien mit mehr als einer Million Euro so viele Spenden wie noch nie für die zivile Seenotrettung eingegangen. Dies zeige, dass es kein Konsens sei, Menschen auf dem Mittelmeer ertrinken zu lassen. „Wir werden auf dem Mittelmeer Menschenrechte durchsetzen und der Europäischen Union auf die Finger schauen“, versprach Neugebauer.

(KNA - tkrkm-89-00030)
Bild: Unsplash

Stand: 22. November 2026